

Der Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen und als Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt.

Für die CDU-Fraktion beantragte Herr Schell die Zurückverweisung und Beratung des Antrages in den Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss. Seit der Beschlussfassung im Fachausschuss am 25.01.2011 hätten sich für seine und die FDP-Fraktion neue Fakten ergeben, die vor einer Beschlussfassung zu beraten seien. Es handle sich um die vorliegende Information, dass die Lärmimmission der Gyrocopter um ca. 50 % reduziert werden könne. Die Eigner der Fluggeräte hätten bereits mit einer Umrüstung begonnen. Die Stellungnahme der Bezirksregierung vom 02.02.2011 werde so verstanden, dass ein vollständiges Verbot durch die Flugplatzgesellschaft nicht ausgesprochen werden könne und eine ausreichende Begründung für eine Änderung der Betriebsgenehmigung seitens der Bezirksregierung nicht erkannt werde. Die Möglichkeit der Einschränkung der Betriebszeiten sei seitens der Flugplatzgesellschaft bereits erfolgt. Die hieraus resultierenden Auswirkungen könnten erst im Laufe dieses Jahres festgestellt werden. Die Beratung über den Antrag solle im Zusammenhang mit der Klärung der noch offenstehenden Fragen aller Fraktionen zum Flugplatz erfolgen, um eine möglichst umfassende Übersicht der Rechte und Pflichten, Möglichkeiten und Zuständigkeiten im Zusammenhang mit dem Flugplatz zu erhalten.

Herr Metz sprach sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Verweisung und für eine Bestätigung der vorliegenden Beschlussempfehlung aus. Es lägen Rückmeldungen aus der gesamten Region vor, die die vorbezeichneten Fluggeräte als sehr problematisch ansehen. Sollte eine Rückverweisung in den Fachausschuss erfolgen, appellierte er, dass kurzfristig etwas geschehen müsse. Die Angelegenheit werde bereits seit zwei Jahren diskutiert. Ein mögliches Flugverbot der Gyrocopter liege nach seiner Auffassung in einer rechtlichen Grauzone und könne daher versuchsweise ausgesprochen werden. Zudem sei nicht gesichert, dass alle Betreiber die Umrüstungsmaßnahmen vornehmen. Verbindliche Festlegungen fehlten.

Auch die SPD-Fraktion sprach sich für eine politische Bestätigung der Beschlussempfehlung aus. Die grundsätzlichen Bedenken des Fachausschusses zum Lärm am Flugplatz lägen weiterhin vor, der auch vor dem Hintergrund einer Reduzierung durch Umrüstungsmaßnahmen nicht akzeptiert werden könne. Eventuell auftretende rechtliche Schwierigkeiten der Umsetzung eines Flugverbotes seien in den Gremien der Flugplatzgesellschaft zu beraten und zu lösen.

Dem schloss sich die Fraktion AUFBRUCH! an. Auch von der Annahme ausgehend, dass es an einer Regelungskompetenz mangle, habe der einstimmige Beschluss des Fachausschusses die besondere Bedeutung des Themas aufgezeigt. Herr Köhler erkannte ein großes Versäumnis in der zurückliegenden Zeit, da eine systematische Aufstellung über die Regelungskompetenzen nicht vorliege und forderte dies für seine Fraktion ein. Er bemängelte zudem, dass seitens der aus dem Rat in die Gremien der Flugplatzgesellschaft gewählten Vertreter keine bzw. eine nur unzureichende Berichterstattung in der Vergangenheit erfolgt sei. Für Hobbyflieger bestünden bereits zeitliche Einschränkungen in der Mittagszeit und am Wochenende. Es müsse jedoch eine absolute Lärmgrenze geschaffen werden. Die vorliegende Beschlussempfehlung sei ein erster Schritt in diese Richtung. Er betonte, wegen der Berücksichtigung des „Aero-Business-Parks“ seinerzeit gegen die Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes gestimmt zu haben.

In Bezug auf seine Vorredner, stimmte Herr Schell dem Erfordernis der gewünschten Aufstellung zu. Genau aus diesem Grund solle eine ausführliche Beratung und Aufarbeitung insgesamt im Fachausschuss erfolgen.

Es erfolgten weitere Redebeiträge von Ratsmitgliedern aller Fraktionen, die sich unter Hinweis auf die bereits vorgetragenen Argumente Für und Wider einer Verweisung in den Fachausschuss bzw. Für und Wider einer Bestätigung der Beschlussempfehlung aussprachen.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag der CDU-Fraktion, eine Zurückverweisung in den Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss vorzunehmen, abstimmen.